

SCHAUMBURGER ZEITUNG

DIE TAGESZEITUNG FÜR RINTELN UND UMGEBUNG

Dienstag, 19. Oktober 2021

Nr. 244 • 259. Jahrgang • 1,70 €

Persönlich erstellt für: Linda Neumann



**4,3 MILLIONEN FEHLEN
Klinikum schreibt rote Zahlen**

» LANDKREIS | 12



**MUSEUM
Ausstellung nimmt Form an**

» BÜCKEBURG | 13



FÜR 42 000 EURO

Drehleiter der Rintelner Feuerwehr ist reparaturbedürftig

Stadt will bald neues Fahrzeug anschaffen

» RINTELN | 7

FOTO: NK

**NEUE GESICHTER
Sechs neue Mitarbeiter bei der Rintelner Polizei**

» RINTELN | 7

**TÄTER FLÜCHTET
15-Jähriger tritt gegen noch fahrendes Auto**

» BÜCKEBURG | 13

**ETWAS WENIGER TIERE
363 Langohren und 62 Kaninchenzüchter in der Liethhalle**

» OBERNKIRCHEN | 10

**GROBE NACHFRAGE
In den Praxen wird der Grippeimpfstoff knapp**

» NIEDERSACHSEN | 22



**HEUTE MORGEN
16 / 14° 20 / 12°**

» WETTER | 22

BÖRSE

**X-DAX DOW J. EURO
15.474 35.239 1.16**

LESER-SERVICE

Abo-Service: (0 57 51) 40 00-550
Anzeigen: (0 57 51) 40 00-540
Redaktion: (0 57 51) 40 00-525
Fax: (0 57 51) 40 00-544
www.schaumburger-zeitung.de



4 194358 201700 2 00 4 2

Preisschock beim Sprit: Land will höhere Pendlerpauschale

Althusmann: Bund muss für Entlastung sorgen – Wird CO₂-Steuer nicht erhöht?

VON MARCO SENG UND THERESA MÜNCH

HANNOVER. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC gestern mitteilte. Auch für Super-Benzin war der Höchststand nicht weit entfernt. Der Automobilclub mahnt deshalb eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

„CO₂-Abgabe und Rohölnachfrage treiben den Spritpreis derzeit in die Höhe und belasten Privathaushalte und Unternehmen“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU).

Mobilität dürfe aber kein Luxus werden – gerade auf dem Land gebe es zum Auto mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik handeln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, betonte Althusmann.

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in der „Welt“. Bereits mit Einführung des CO₂-Preises sei die Pendlerpauschale erhöht worden. „Bleibt der Treibstoff auf einem so hohen Preisniveau, wird es ähnliche Lösungen geben müssen“, sagte er.

Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagte die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig. „Die Pendler werden am meisten

belastet.“ Die Politik müsse das jetzt regulieren. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnte davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigender CO₂-Preis vom Tisch ist“, sagte Hillebrand.

Dieselpreis um 37 Prozent gestiegen

Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO₂-Steuer zum 1. Januar aussetzt“, sagte Christian Richter, Landesgeschäftsführer der Fachvereinigung Güterkraftverkehr des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen. Der Dieselpreis sei von September 2020 bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Ge-

samtkosten für das Gewerbe stiegen damit um rund neun Prozent. „Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Richter verwies auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten beim Kraftstoff.

Der Dieselpreis hatte am Sonntag den bisherigen Rekord vom 26. August 2012 minimal übertroffen. Auch Benzin nähert sich mittlerweile dem Höchststand: Super der Sorte E10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012.

Preistreiber ist vor allem der Ölpreis. Er zieht mit dem Wiedererstarren der globalen Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Beim Diesel wird der Anstieg zudem durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt. » Seite 2

Colin Powell an Corona gestorben

WASHINGTON. Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Powell, ein pensionierter General und einstiger Chef des Generalstabes der US-Streitkräfte, starb gestern im Alter von 84 Jahren, wie seine Familie in einem Facebook-Post bekannt gab. Er sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, hieß es.



Colin Powell †

„Wir haben einen herausragenden und liebevollen Ehemann, Vater, Großvater und einen großen Amerikaner verloren“, erklärte die Familie. Powell, Sohn jamaikanischer Einwanderer, wurde unter George W. Bush der erste schwarze Außenminister der USA. Seine Amtszeit war geprägt von den Ereignissen nach den Anschlägen vom 11. September 2001. » Seite 2

Polen rügt deutsches System der Richterwahl

Justizminister in Warschau wirft Berlin „Politisierung“ vor und schaltet höchstes EU-Gericht ein

VON DORIS HEIMANN

BRÜSSEL/WARSCHAU. Polen fordert eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Einen entsprechenden Antrag werde er im Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro gestern in Warschau. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße. Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere,



Justizminister Zbigniew Ziobro in Warschau.

FOTO: MATEUSZ MAREK/PAP/DPA

dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit

künftiger Richter am Bundesgerichtshof habe.

Polens nationalkonservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter unter Druck zu setzen. Die EU-Kommission hat we-

gen der Reformen Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau eröffnet und Klagen beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer an Polens Oberstem Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landesjustizrat. Der EuGH kritisierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der polnischen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“, an sei-

ner Unabhängigkeit gebe es Zweifel.

Ziobro argumentierte nun, in Deutschland würden Richter für Bundesgerichte vom Richterwahlausschuss gewählt, der nur aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro. Diesem gehören 17 Richter, sechs Parlamentsabgeordnete sowie zwei von der Regierung entsandte Mitglieder an.